

GERULF STIX

DER LANGE WEG ÖSTERREICHS IN DIE EU

Michael Gehler, *Der lange Weg nach Europa*, 1. Bd. „Darstellung“: Österreich vom Ende der Monarchie bis zur EU (690 Seiten), 2. Bd. „Dokumente“: Österreich von Paneuropa bis zum EU-Beitritt (758 Seiten), Studien Verlag Innsbruck, 2002, ISBN 3-7065-1537-7.

Wenn das Wort Fundgrube für gebändigte Stofffülle steht, dann passt es für die hier vorliegenden Bände par excellence. M. Gehler erforscht und lehrt Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck. Mehrfach bereits ist er mit beachtlichen Publikationen in Erscheinung getreten. So erregte z.B. seine umfangreiche Arbeit über „Studenten und Politik“ (1) anfangs der neunziger Jahre einiges Aufsehen. Gut möglich, dass „der lange Wege nach Europa“ in einigen Jahren als das einschlägige Standardwerk schlechthin beurteilt werden wird.

Die Darstellung beginnt weitausholend mit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Für diesen methodisch klug gewählten Einstieg in das Thema nennt Gehler selbst den Europaforscher W. Loth als sein Vorbild. Folgt der geschichtlich vorgebildete Leser anhand dieser Chronologie der Darstellung, so werden die verworrenen Entwicklungslinien bis zum EU-Beitritt Österreichs 1995 verständlicher, als setzte die Analyse erst 1933/34 oder 1938 oder 1945 oder gar 1955 (Staatsvertrag) an.

Vom Verfasser beabsichtigt oder nicht, dem lesend Lernenden wird bewusst, wie sehr das kleine Rest-Österreich (verglichen mit der 1918 untergegangenen Habsburger-Monarchie) mit bloß marginalem Handlungsspielraum während dieser ganzen Zeitspanne unter dem Druck großräumig wechselnder Machtverhältnisse hauptsächlich um das buchstäbliche Überleben des Landes und seiner Menschen rang. Große Ziele? Beeindruckende Pläne? Kraftvolle Strategien? Viel eher ein komplexes Fallbeispiel für die erstaunliche Fähigkeit, auch aus einer ständigen Position der politischen Ohnmacht heraus letztlich doch einen Erfolgsweg zu beschreiten.

Die Sonderstellung Coudenhove-Calergis

Für die im November 1918 beschlossene Republik „Deutschösterreich“ – ein von den Siegermächten 1919 verbotenes Konstrukt – war Europa kein Ziel. Die politischen Kräfte in dieser Republik, die sich selbst so gar nicht wollte, strebten mehrheitlich irgendwie nach einer Verbindung mit dem Deutschen Reich. Erst die Entwicklung in den dreißiger Jahren veränderte diese Gewichtung, beendet dann durch die res judicata des Anschlusses 1938. Insoweit in diesen zwei Jahrzehnten von einer Europapolitik Österreichs gesprochen werden kann, war sie eine Einstiegs-ebene, ein Paravent, um den Siegermächten vielleicht doch einen engeren modus vivendi mit Deutschland abzuluxsen, was nicht gelang.

Es gab da aber eine Ausnahme, eine gewissermaßen private Europa-Politik, nämlich die des Grafen Richard Coudenhove-Calergi und seiner Paneuropa-Bewegung. Damit ist eine Besonderheit des Buches angesprochen. Denn obgleich diese Paneuropa-Bewegung praktisch am politischen Lauf der Dinge nichts änderte, räumt Gehler ihr sehr breiten Raum in seiner Darstellung ein. Über diese Gewichtung mag man geteilter Meinung sein, allein sie erschließt ein interessantes Kapitel politischer Ideenbildung. Die schillernde Figur des Dr. phil. Coudenhove-Calergi, Sohn eines k.u.k. Diplomaten und einer japanischen Mutter, der in Wien lebend bis 1939 tschechischer Staatsbürger blieb und dann französischer wurde, spielte als umtriebiger Verfechter der Idee von einem politisch geeinten Europa in der Öffentlichkeit eine durchaus beachtliche Rolle. Gehler schildert die frühe Frontstellung zwischen dem Grafen und den deutschnationa-

len Kreisen in Österreich (übrigens auch im Band Dokumente), die sich entwickelnde enge Verbindung zu Dr. Otto von Habsburg und die emsige, letztlich fruchtlose Tätigkeit im Umfeld der Exil-Österreicher während des Zweiten Weltkrieges. Führende österreichische Sozialisten im Exil, wie Friedrich Adler, hielten nämlich an einer gesamtdeutschen Konzeption fest. Erst mit ihrer Moskauer Deklaration vom 1.11.1943 bestimmten die Alliierten wiederum als *res judicata* die Wiederherstellung der Eigenstaatlichkeit Österreichs („Dokumente“ III.15).

In den Jahren 1934-1938 hatte sich Coudenhove als begeisterter Dollfuß-Anhänger und Verfechter des diktatorischen ständestaatlichen Systems viele Demokraten zu seinen entschiedenen Gegnern gemacht. Dieser Umstand wird gerade heute, da des 70. Jahrestages der Beseitigung des parlamentarischen Mehr-Parteien-Systems durch Dollfuß und des Bürgerkrieges 1934 in Österreich gedacht wird, in das Blickfeld rücken.

Die Wiederbelebung der Europaidee nach 1945, diesmal mit positivem Echo seitens der ernüchterten Kriegsgeneration, bestätigte ungeachtet aller politischen Bocksprünge Coudenhoves (verstorben 1972 in Schruns) die im Grunde richtige Fixierung auf ein vereintes Europa als Friedensordnung.

Südtirol und die Europapolitik

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen bildete auch, wie Gehler darlegt, das jeweils spezifische Großraum-Denken der Mutterländer der ehemaligen Kolonialreiche (Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien, Portugal, Spanien und Italien) ein oft unterschätztes Hindernis für deren Bereitschaft, die Vereinigung Europas ernsthaft anzugehen. Erst das Zerbröseln der Kolonialreiche durch die Machtverschiebungen nach dem Zweiten Weltkrieg veränderten die Sichtweisen dieser Länder.

Für Österreich spielte abgesehen von den allgemeinen Problemen der Neuformierung auf den Trümmern des Weltkrieges die Südtirol-Frage eine wichtige außenpolitische Rolle. Nach Gehlers Beurteilung hat diese Frage „zur Identitätsbildung für das neue Österreich beigetragen“. Das politische Spiel um den sog. Pariser Vertrag vom 5.9.1946 und dessen „nicht gerade europäischen Rechtsvorstellungen gemäße“ Umsetzung werden breit ausgeleuchtet. Die Südtirol-Politik des Tiroler Landeshauptmannes und später österr.

Außenministers Karl Gruber wird sehr kritisch beurteilt (vgl. auch „Dokument“ IV.4.).

Bis in die sechziger Jahre benützte die Regierung in Rom die Südtirol-Frage wiederholt auch als Druckmittel gegenüber Wien, um europäische Bestrebungen Österreichs unter Wahrnehmung italienischer Interessen einzubremsen (vgl. Bd. 1, Seite 221). Das änderte sich erst mit dem Abschluss des „Südtirolpakets“ 1969 (vgl. Seite 260).

Das Problem mit der Neutralität

Den größte Brocken auf dem Weg Österreichs zunächst in die EFTA und dann in die EU bildete die 1955 abgegebene Neutralitätserklärung. Entgegen der in der öffentlichen Meinung fest verankerten „Freiwilligkeit“ der „immerwährenden Neutralität“ war diese der unvermeidliche Preis für die Zustimmung Moskaus zum Staatsvertrag (Bd.1, Seite 167). Verbunden war damit das Verbot „jeder Form der politischen oder wirtschaftlichen Vereinigung mit Deutschland“. Die erst 10 Jahre nach Kriegsende wieder erlangte formale Souveränität ließ auf Jahre hinaus nur wenig Spielraum für die eigentlich gewünschte Westorientierung. Als 1957 die EWG gegründet wurde, war an einen Beitritt nicht zu denken. Misstrauisch und sorgfältig beobachtete der Kreml alle Versuche Wiens, irgendwie an der westeuropäischen Integration teilzunehmen.

Gehler schildert ausführlich das Werden der Freihandelszone (EFTA, Oslo 1960) als ursprünglich britischem Gegenstück zur EWG nach dem Veto General De Gaulles. Viel Lob erntet Bruno Kreisky, zunächst Außenminister und dann Bundeskanzler (1970 – 1983) für seine „EFTA-Neutralitätsdoktrin“. Die „Freihandelsabkommen“ zwischen Österreich und der EWG 1972 stellen zweifelsfrei einen Meilenstein dieser Politik dar. Zufällig saß ich damals als junger Abgeordneter der FPÖ im „Integrationsausschuss“ des Nationalrates und kann daher auch als Zeitzeuge die gediegene Darstellung all dieser komplexen Vorgänge durch Gehler bestätigen.

Nachdem für Österreich die Teilnahme am europäischen Freihandel erreicht war, rückte das Ziel eines Vollbeitritts zu den EG ins Visier. Doch es folgten die Jahre der „Eurosklерose“, beendet durch den Paukenschlag des Weißbuches von Jacques Delors über die Schaffung des EG-Binnenmarktes. In Österreich bekundete die FPÖ in ihrem Salzburger Programm 1985, den EG-Bei-

tritt mit einem Neutralitätsvorbehalt anzustreben. Gehler schildert treffend die langjährige europafreundliche Haltung der Freiheitlichen sowie den späteren Bruch mit dieser Tradition durch die Politik Jörg Haider. Die ÖVP hatte bereits 1988 eine klare innerparteiliche Entscheidung für den Beitritt herbeigeführt. Der SPÖ-Parteivorstand stimmte erst 1989, wenige Monate vor dem „Brief nach Brüssel“ dem Gang nach Brüssel zu.

Wesentlich für die weitere Entwicklung wurden die dramatischen Veränderungen in der Sowjetunion. Hatte Außenminister Schewardnadse noch 1988 die österr. Neutralität für unvereinbar mit einer EG-Mitgliedschaft erklärt, verlautete 1989 Michael Gorbatschow, dass Österreich als souveräner Staat frei entscheiden könne. Das brachte eine Wende. 1991 löste sich die Sowjetunion auf. Russland zeigte sich selbst an engen Wirtschaftsbeziehungen mit den EG interessiert.

Die EG und die EFTA-Staaten bildeten ab 1992 gemeinsam den Europäischen Wirtschaftsraum

(EWR), der als gleitende Übergangslösung bis zum Vollbeitritt fungierte.

1992 wurde mit den berühmten „vier Freiheiten“ der EU-Binnenmarkt geschaffen. Das vorliegende Buch schildert akribisch die Beitrittsverhandlungen, die spannungsgeladene Zusammenarbeit zwischen Alois Mock und Franz Vranitzky bis zur entscheidenden Volksabstimmung vom 12.6.1994, die überwältigend den EU-Beitritt Österreichs billigte – ungeachtet offener Fragen wie Neutralität und Transitvertrag, die Gehler eingehend darlegt. Sein Buch enthält gut aufbereitet eine kaum überschaubare Fülle an Material, genau dokumentiert und mit Schautafeln und Bildern angereichert. Gemessen daran, muss jede Besprechung Stückwerk bleiben.

1 Michael Gehler, Studenten und Politik – Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918-1938, Haymon-Verlag, Innsbruck 1990, 591 Seiten.

GERULF STIX

DIE DEMOSKOPEN LIEGEN SCHIEF

Sieglinde Kronberger / Gig Severin, Kopf an Kopf - Meinungsforschung im Medienwahlkampf, Czernin Verlag, Wien 2003, 155 Seiten.

In dieser politikwissenschaftlichen Untersuchung wird bewiesen und belegt, was der aufmerksame Wahlbürger schon „gefühlsmäßig“ bemerkt hat: Wahlprognosen und Wahlergebnisse driften häufig auseinander. „Demoskopen werden auch in Zukunft daneben liegen“, bemerkte Sieglinde Kronberger gelegentlich der Präsentation dieses Buches im Dezember 2003.

Das in Wahlkämpfen in einer Kumpanei von Medien und Meinungsforschern dem Publikum dargestellte Kopf-an-Kopf-Rennen von Wahlwerbern sei bloß ein Spiel: „Ein Beispiel für hergestellte, konstruierte Wirklichkeit ist jedenfalls die demoskopisch-mediale Rede über Politik, wie sie in Wahlkampfzeiten geführt wird.“ (Seite 7)

Gründlich untersucht wird der Wahlkampf zur letzten Nationalratswahl am 24.11.2002. Die Schlussbemerkung dazu spricht Bände: „Im Nachhinein bleibt festzuhalten, dass während des Wahlkampfes einige Meinungsforscher öffentliche Meinungen nicht nur erhoben, sondern auch ‚gemacht‘ haben; dass mit Bezug auf die erfragte öffentliche Meinung von Medien ein Bild gezeichnet worden ist, das der öffentlichen Meinung nicht entsprochen hat; und dass, nichtsdestoweniger, dieses Bild ‚Wirklichkeit‘ geworden ist, dass es Effekte bewirkte und Konsequenzen gehabt hat.“ (Seite 125)

Dieses Buch ist eine Pflichtlektüre für alle, die sich praktisch oder theoretisch mit Wahlwerbung befassen.